

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Bahnhofstraße/Lehenstraße“ – Satzungsbeschluss

Der Gemeinderat der Stadt Asperg hat in seiner öffentlichen Sitzung am 26.04.2022 gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Bahnhofstraße/Lehenstraße“ in der Fassung vom 10.03.2022/13.04.2022 und die mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 10.03.2022/13.04.2022 nach § 74 LBO i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.

Lage des Plangebietes

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt in fußläufiger Entfernung zwischen dem Bahnhof Asperg und der Stadtmitte. Er wird im Norden durch die Lehenstraße und im Süden durch die Bahnhofstraße begrenzt. Die Abgrenzung des Geltungsbereichs mit einer Fläche von ca. 0,285 ha ist der Übersichtskarte zu entnehmen.

Inkrafttreten

Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Vorhabenbezogene Bebauungsplan „Bahnhofstraße/Lehenstraße“ in Kraft.

Einsichtnahme

Jedermann kann den Bebauungsplan mit der Begründung sowie über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, bei der Stadtverwaltung Asperg, Zimmer 313, Anschrift: Marktplatz 1, 71679 Asperg während den offiziellen Öffnungszeiten einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Abs. 3 S. 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs und
4. nach § 214 Abs. 2a BauGB im beschleunigten Verfahren beachtliche Fehler,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Asperg, 15.06.2022

gez.

Christian Eiberger
Bürgermeister

